

JWR rügt kurzfristige Haushaltsmanöver zulasten jüngerer Generationen

Johann Wolfgang von Goethe schrieb einst: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, Erwirb es, um es zu besitzen.“ – Im Jahr 2025 wird v.a. eines vererbt: Schulden!

Die Schuldenbremse gilt nach wie vor als wichtiges Instrument der Haushaltsdisziplin in Deutschland. Laut dem Bundesfinanzministerium ist „sie Ausdruck demokratischer Verantwortung und ermöglicht generationsgerechte Antworten auf bevorstehende Herausforderungen.“ Doch um ihre Lockerung wird hart gerungen. Die vorherige Bundesregierung ist an der Schuldenbremse gescheitert: Die verschiedenen Ausgabenwünsche ließen sich mit der Schuldenbremse nicht vereinbaren, eine Lockerung kam nicht infrage.

CDU, CSU und SPD haben ihre Sondierungsgespräche „erfolgreich“ abgeschlossen und wollen ein Schuldenpaket in Höhe von 500 Milliarden Euro für Infrastruktur noch vom alten Bundestag beschließen lassen, dazu höhere Verteidigungsausgaben mit Zusatzschulden verknüpfen und die Schuldenbremse ändern. Die Grünen haben sich für ihre Zustimmung zur dafür notwendigen Grundgesetzänderung herausverhandelt, dass 100 Mrd. Euro des Infrastruktur-Sondervermögens allein für den Klimaschutz reserviert sind.

Dass die Verteidigungsausgaben inmitten einer höchst angespannten Sicherheitslage und nach jahrzehntelangem Kaputtsparkurs steigen müssen, wird von niemandem in der politischen Mitte bestritten. Die Situation darf aber nicht zum unreflektierten Blankoscheck werden. Sollte es zu einer Ausnahme von der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben kommen, dann sollte diese klar begrenzt und an eine Obergrenze von 1,5 Prozent des BIP gebunden sein. Haushaltsdisziplin und hohe Verteidigungsausgaben sind dabei kein Widerspruch – das zeigen Länder wie Estland, Lettland und Litauen ebenso wie Polen oder Schweden, die trotz vergleichsweise niedriger Schuldenstände eine NATO-Ausgabenquote von mindestens zwei Prozent, teils deutlich darüber, aufweisen.

Völlig anders sind die 500 Mrd. für die Infrastruktur zu bewerten. Der Investitionsbedarf auch in diesem Bereich ist unbestritten, doch die geplante Finanzierung in Form eines Sondervermögens außerhalb des regulären Haushalts wäre jedoch der völlig falsche Weg. Die Erfahrung zeigt: Solche Konstruktionen verführen dazu, vermeintliche Haushaltsspielräume für teure Sozialgeschenke zu nutzen, statt langfristige Investitionsprioritäten zu setzen. Es gilt, zunächst im regulären Haushalt zu konsolidieren und anders zu allokieren. Erst als ultima ratio dürfen zusätzliche Verschuldungsmöglichkeiten zugestanden werden. Die Begründung ist einfach: Lagere ich bestimmte Ausgaben aus, muss ich im regulären Haushalt nicht mehr sparen, nicht mehr konsolidieren und es bleibt genug Spielraum für ein „Weiter so!“, was sich Deutschland in keinem Fall leisten kann. Genau das passiert momentan, ist doch wieder

von Projekten wie Mütterrente, Fixierung des Rentenniveaus und Agrar-Diesel-Subvention etc. die Rede.

Zudem drohen bei einem solchen Vorgehen erhebliche Risiken: Eine ungebremste Schuldenausweitung könnte die Inflation weiter anheizen, die Zinslast für den Bundeshaushalt zusätzlich erhöhen und Deutschlands Kreditwürdigkeit verschlechtern.

Viel besser wäre es, neue Haushaltsspielräume durch konsequente Strukturreformen zu schaffen, die zusätzliches Wachstum generieren. Eine gezielte Deregulierung, eine Modernisierung der Verwaltung und eine effizientere Nutzung von Steuergeldern würden langfristig für nachhaltige Finanzierungsquellen sorgen. Gleichzeitig sollte die Einbeziehung privater Investoren eine größere Rolle spielen: Durch geeignete Anreize und Rahmenbedingungen ließen sich nach Berechnungen des Wirtschaftsrates bis 2030 mindestens 1,4 Billionen Euro an privatem Kapital für Infrastrukturprojekte mobilisieren.

Denn es wird häufig übersehen, dass eine Wählergruppe besonders hart von unverantwortlicher Haushaltsführung getroffen wird: Die junge Generation. Diese Folgenabschätzung findet schlicht nicht statt. Kaum jemand spricht derzeit über die enormen Folgen, die eine Lockerung der Schuldenbremse für jüngere Generationen haben wird.

Klare Forderungen des Jungen Wirtschaftsrats – bevor wir blindlings in eine gigantische Schuldenspirale rutschen:

- **Langfristiges Denken ist Pflicht der Politik!**

Es braucht einen echten Konsolidierungskurs und einen klaren Fokus auf sinnvolle Zukunftsinvestitionen, die künftigen Generationen zugutekommen! Deutschland steht vor einer demografischen Entwicklung, die durchaus als dramatisch beschrieben werden muss. Denn je mehr die Bevölkerung altert, desto weniger Beitrags- und Steuerzahler stehen künftig für immer höhere Ausgaben zur Verfügung. Bereits heute fließen rund 37 % des Bundeshaushalts in Renten- und Sozialausgaben. In den kommenden Jahren wird dieser Anteil weiter wachsen, weil sich die Bevölkerungsstruktur stark verschiebt und die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen. Ferner werden in der Debatte sogenannte „versteckte Schulden“ nicht berücksichtigt. Keiner redet über finanzielle Verpflichtungen, etwa für künftige Rentenzahlungen, die zwar nicht in der direkten Verschuldungsquote auftauchen, die Bürger aber zukünftig verbindlich belasten werden und somit bereits jetzt schon ein viel drastischeres Lagebild ergeben, als es suggeriert wird.

- **Jüngere Generationen müssen dringend in der Debatte um die Schuldenbremse mitgedacht werden!**

Wenn nun zusätzlich die Schuldenbremse gelockert wird, muss die junge Generation mittelfristig eine doppelte Bürde schultern: höhere Sozialverpflichtungen und noch mehr staatliche Schulden. Schätzungsweise wird in den nächsten zehn Jahren ein Drittel der

aktuellen Erwerbsbevölkerung in die Rente gehen. Bereits jetzt kommen auf einen Beitragsempfänger nur noch rund 1,5 Beitragszahler – das waren mal 4,5. Es ist absehbar, dass diese Quote sich weiter verschlechtert und die Beitragssätze drastisch steigen werden.

Dazu kommen dann in einem zweiten Strang die Schuldenlasten: Seit dem Wiederanstieg der Kapitalmarktzinsen haben sich die Zinskosten des Bundes verzehnfacht. Nun fließen rund 38 Milliarden Euro in Zinskosten, denn Kredite zum Nulltarif sind Vergangenheit. Um diese Zahlen ins Verhältnis zu setzen: In Bildung und Jugend investiert der Bund derzeit lediglich 11,4 Milliarden Euro. Dass die neue Regierung die Jugend hierbei komplett aus den Augen verliert, ist fahrlässig. Im Juristischen gibt es das Verbot von Verträgen zulasten Dritter. Genau das passiert hier aber: Die junge Generation wird die Last zukünftiger Schulden schließlich am stärksten tragen müssen. Sie verdient es daher unbedingt, in der Debatte mitgedacht zu werden!

- **Marktwirtschaftliche Prinzipien wahren! Eine Lockerung der Schuldenbremse nur als Ultima Ratio!**

Zu den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gehören neben Wettbewerb auch Eigenverantwortung und klare Fiskalregeln. Es darf nicht vergessen werden, dass glaubhafte Fiskalregeln wie die grundgesetzliche Schuldenbremse dabei helfen, die Staatsfinanzen in geordneten Bahnen zu halten. Dadurch bleibt das Vertrauen der Kapitalmärkte erhalten und extreme Zinsanstiege infolge eines plötzlichen Vertrauensverlusts werden vermieden. Eine weitergehende Lockerung der Schuldenbremse hätte ein EU-Defizitverfahren zur Folge, inklusive negativer Konsequenzen wie einer Gefährdung des Triple-A-Ratings und damit einhergehender höherer Finanzierungskosten. Daher lehnt der Junge Wirtschaftsrat die jüngste Kehrtwende der CDU ab. Die Partei hat sich im Wahlkampf mehrfach als Verfechter marktwirtschaftlicher Prinzipien positioniert: Sie pochte darauf, Subventionen und den bestehenden Haushalt zunächst gründlich zu prüfen und mögliche Sparpotenziale aufzudecken. Sie hat im Wahlkampf und davor gegen die Ampel-Regierung die Schuldenbremse eisern verteidigt, nun wirbt sie für ein historisches Schuldenpaket. Als Ultima Ratio darf eine temporäre Lockerung durchaus im Werkzeugkoffer der Finanzpolitik liegen; sie darf jedoch nicht zum Standardinstrument werden, denn dies widerspricht den Grundprinzipien der marktwirtschaftlichen Ordnung. Natürlich sind Investitionen in Verteidigungsfähigkeit, Infrastruktur, Digitalisierung und Klimaschutz dringend geboten. Aber bevor wir über neue Schulden reden, ist ein Konsolidierungskurs nötig, der teure Gewohnheiten auf den Prüfstand stellt.

Appell

Der Junge Wirtschaftsrat fordert eine zukunftsorientierte und generationsgerechte Finanzpolitik, welche die jüngere Generation aktiv einbindet und nicht allein die Folgen schuldenfinanzierter Projekte tragen lässt. Statt Schulden aufzunehmen, die jede

Haushaltstransparenz untergräbt, braucht es klare Prioritäten und einen ehrlichen und offenen Umgang mit den Staatsausgaben! Der Junge Wirtschaftsrat fordert vom alten wie vom neuen Bundestag langfristiges Denken, die konsequente Einbeziehung jüngerer Generationen in die Schuldendebatte sowie die Wahrung marktwirtschaftlicher Prinzipien!

„Unser Erbe sind längst nicht mehr Häuser und Felder, sondern Schulden und Zinsen – ein Teufelskreis, den wir blindlings an die Jugend vererben.“ (Caroline Bosbach)